

8 Dezember 2009

S. 24

Die Mär vom Klimakrieg

Oliver Geden

Wie bei jedem Klimagipfel gewinnen die Prognosen auch im Umfeld der Kopenhagen-Konferenz an Schärfe und Dramatik. Für viele Umweltorganisationen zählt es ohnehin zum Kerngeschäft, im Wochentakt düstere Vorhersagen zu präsentieren. Ende November wiesen auch 26 renommierte Klimaforscher darauf hin, dass sich der Klimawandel deutlich schneller vollziehe als bislang vom Weltklimarat IPCC vorhergesagt.

In die Phalanx der Warner und Mahner reihen sich nun auch die 27 EU-Außenminister ein, die zum wiederholten Male die möglichen Folgen des Klimawandels für die internationale Sicherheit hervorheben - in einer Resolution, die heute verabschiedet werden soll. Doch während sich die Vorhersagen der naturwissenschaftlichen Klimaforschung immerhin auf computergestützte Modellrechnungen stützen können, verharren die immer zahlreicher werdenden Warnungen vor der "Sicherheitsbedrohung Klimawandel" in der Sphäre des Spekulativen. Zwar ist es naheliegend, dass eine Veränderung regionaler Klimabedingungen als Konfliktverstärker wirken kann. Die vielfach genährte Angst vor einem Ansturm von "Klimaflüchtlingen" oder gar vor "Klimakriegen" ist jedoch maßlos übertrieben.

Angesichts der drängenden Herausforderungen des Klimawandels droht in Vergessenheit zu geraten, dass im Alltagsgeschäft der internationalen Klimapolitik häufig nicht das Klima selbst im Mittelpunkt steht, sondern die Politik. Zwar gibt es unter den in Kopenhagen verhandelnden Regierungsvertretern einen breiten Konsens darüber, dass der globale Klimawandel auf ein gerade noch erträgliches Niveau begrenzt werden sollte. Doch im Streit um den richtigen Weg verfolgen die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zuerst ihre Eigeninteressen, etwa die Verteidigung ihres Wohlstandsniveaus oder den Schutz bedeutender Wirtschaftszweige. Speziell für die EU kommt noch ein weiterer wichtiger Aspekt hinzu: Europa will sein Image als politischer Akteur aufbessern.

Europas politischer Nutzen

Inzwischen halten 87 Prozent der EU-Bürger den Klimawandel für ein ernstes Problem - und sie schreiben der EU mit Recht die Führungsrolle beim internationalen Klimaschutz zu. Die Klimapolitik ist demnach einer der wenigen Bereiche, in denen der Mehrwert der EU von der Bevölkerung sehr hoch eingeschätzt wird. Sie gehört zudem zu den Politikfeldern, in denen die EU auf der internationalen Bühne ernst genommen wird. Dementsprechend hat die EU ein starkes Interesse daran, hier auch zukünftig als fortschrittlicher Akteur gesehen zu werden.

Die internationale Führungsrolle wird ihr vorläufig kaum zu nehmen sein. Selbst wenn sich China, Indien und die USA in den kommenden Jahren auf verpflichtende Reduktionsziele einlassen sollten, so werden diese weniger ambitioniert ausfallen als die der EU. Weit größer ist die Gefahr eines erneuten Bedeutungsverlusts der Klimapolitik selbst. Denn aus Sicht eines politischen Akteurs gilt grundsätzlich: Je drängender ein Problem wahrgenommen wird, bei dem man als Teil der Lösung gilt, desto besser.

Genau hierin liegt die Motivation für eine "Versicherheitlichung" des Klimawandels, einer Tendenz, die sich nicht nur in der EU-Politik, sondern auch bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und vielen Wissenschaftlern beobachten lässt. Die Überlegung dahinter: Wenn sich die Sichtweise durchsetzt, dass globale Klimaveränderungen neuartige Sicherheitsprobleme hervorrufen, dann liefert dies nicht nur zusätzliche Argumente für eine ambitionierte Klimapolitik. Klimaschutz wird dadurch auch zu einem "harten" Politikfeld aufgewertet, das sich selbst in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht mehr einfach von der Agenda nehmen lässt.

Drohkulisse Flüchtlingswelle

Seit es der britischen Regierung im April 2007 erstmals gelungen ist, die möglichen Folgen globaler Klimaveränderungen auf die Tagesordnung des Uno-Sicherheitsrats zu hieven, hat die Debatte um "Klimawandel als Sicherheitsproblem" deutlich an Fahrt gewonnen.

Während die seither im Jahresrhythmus veröffentlichten EU-Papiere zur Klimasicherheit noch vergleichsweise abwägend ausfallen und bislang vor allem entwicklungspolitische Maßnahmen empfehlen, kommt nun kaum eine europäische Politikerrede ohne den Verweis auf klimainduzierte Flüchtlingswellen aus. Der Uno-Generalsekretär geht gar so weit, den Darfur-Konflikt auf den Klimawandel zurückzuführen. Bezeichnenderweise trägt eines der hierzulande erfolgreichsten Klimabücher den Titel "Klimakriege - wofür im 21. Jahrhundert getötet wird". In den USA wird der Klimawandel bereits als Bedrohung der nationalen Sicherheit diskutiert, möglicherweise der einzige realistische Weg, um hartgesottene Republikaner für das Thema zu erwärmen.

Naturgemäß lassen sich Zukunftsprognosen im Hier und Jetzt nicht wirksam widerlegen. Doch ein Blick auf ähnlich gelagerte Debatten gibt Anlass zur Skepsis.

Die schon seit Jahrzehnten prognostizierten "Wasserkriege" lassen sich empirisch kaum nachweisen. Wasserknappheit birgt zwar zweifellos große Konfliktpotenziale. Es hat sich jedoch gezeigt, dass konkurrierende Staaten in der Regel ein kooperatives Ressourcenmanagement gegenüber gewaltsamen Auseinandersetzungen bevorzugen.

Ganz gleich, ob es um Energiesicherheit, Ressourcenkonflikte oder den Klimawandel geht: Alarmistische Szenarien halten ein Thema zwar auf der Agenda - und den Thematisierenden in den Medien. Aber es besteht die Gefahr, dass die bildreich präsentierten Bedrohungen beim Publikum mit der Zeit nur noch Fatalismus hervorrufen. Eine vorausschauende Politik braucht etwas anderes: ein langfristiges Mandat für ein effektives Risikomanagement.

Oliver Geden ist Experte für die EU-Energie- und Klimapolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.